

Kommentar Wirtschaftspolitik
2015/18 | 17. Juni 2015

Paradigmenwechsel in der europäischen KMU-Politik

Mit der Zusammenlegung der Generaldirektionen Unternehmen und Industrie und Binnenmarkt und Dienstleistungen zur Generaldirektion für Wachstum (GD GROW) scheint die Europäische Kommission einen neuen Ansatz in der europäischen KMU-Politik zu verfolgen. Die Kernstücke sind ein besserer Marktzugang für KMU durch eine Vertiefung des europäischen Binnenmarktes sowie der konsequente Bürokratieabbau durch effizientere und bessere Rechtssetzung.

Neuer Ansatz in der KMU-Politik

Seit 2008 ist der Small Business Act (SBA) das Herzstück der europäischen Mittelstandspolitik. Mit Maßnahmenvorschlägen in verschiedenen Politikbereichen soll der SBA das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ auf europäischer und insbesondere auch auf Mitgliedsstaaten-Ebene zur Leitmaxime in der Wirtschaftspolitik machen. Sieben Jahre nach seiner Einführung sind die Forderungen der europäischen KMU allerdings dieselben: Bürokratieabbau, Stärkung des Unternehmertums, verbesserte Finanzierungsbedingungen und die Sicherung von Fachkräften. Da der Großteil der im SBA vorgeschlagenen Maßnahmen in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fällt und dort oftmals unzureichend umgesetzt wird, ist der SBA ein wichtiges Instrument um Fortschritte und Defizite in den nationalen KMU-Politiken aufzuzeigen und zu vergleichen. Auch in Österreich besteht weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere in den Bereichen Unternehmertum und Bürokratieabbau sowie bei der zeitgerechten Umsetzung von EU-Richtlinien.

Mit der Zusammenlegung der GD Binnenmarkt und der GD Unternehmen und Industrie zur GD Wachstum wird nun in der Unternehmenspolitik ein neuer, praktischer Ansatz gewählt. Anstelle eines eigenen Direktorats für KMU, von dem in der Vergangenheit zu wenige Ergebnisse in der KMU-Politik erzielt werden konnten, werden KMU-Themen nun in einem integrierten Ansatz im Kontext aller relevanten Portfolios der Unternehmenspolitik betrachtet. Neben dem Abbau von Binnenmarkthemmnissen sind insbesondere die Bereiche Innovation, Digitalisierung, Kreativwirtschaft, Skills, Clusterbildung, aber auch die öffentliche Beschaffung Kernelemente für eine erfolgreiche Unternehmenspolitik. Darüber hinaus verwaltet die neue GD GROW das EU-Förderinstrument für KMU (COSME) in einer eigens dafür geschaffenen Abteilung. Als politische Aufwertung in der KMU-Politik kann auch interpretiert werden, dass Kommissarin Bieńkowska auf europäischer Ebene selbst die „Stimme der KMU“ unter den Kommissaren als KMU-Botschafterin übernimmt, anstatt diese Aufgabe wie in der Vergangenheit dem Generaldirektor zu überlassen.

Europäischer Binnenmarkt für Unternehmen

Die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes birgt für Europa und insbesondere europäische KMU nach wie vor enormes Wachstumspotential. Der konsequente Abbau bestehender Hürden im Waren- und Dienstleistungsverkehr hat deshalb in der neuen GD GROW oberste Priorität. Die Zusammenlegung der GD Binnenmarkt mit der GD Unternehmen und Industrie verdeutlicht, dass Binnenmarktpolitik gleichzeitig auch Unternehmenspolitik ist. Weniger bürokratische Hürden und Kosten beim grenzüberschreitenden Handel in der EU sind für exportierende Unternehmen eine gute Nachricht. Die Vertiefung des Binnenmarktes ist deshalb das Kerninstrument, um den Marktzugang für KMU zu verbessern.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. (FH) Katja Senger, MA
+43 (0)5 90 900-4216
katja.senger@wko.at

Mag. Christoph Haushofer
+43 (0)5 90 900-4280
christoph.haushofer@wko.at

GD GROW: Abteilungen, die für KMU von besonderer Relevanz sind

Abteilung	Arbeitsschwerpunkte
Binnenmarktpolitik	Binnenmarktvertiefung, gegenseitige Anerkennung, Abschaffung technischer Handelsbarrieren, Normung
Modernisierung des Binnenmarktes	Dienstleistungspolitik, Digitaler Binnenmarkt, E-Business, Qualifikationen und Fähigkeiten (Skills)
Konsumenten-, Umwelt- und Gesundheitstechnologien	REACH, Chemikalien, Biotechnologie, Lebensmittel, Gesundheitstechnologie und Kosmetika
Innovation und Produktion	Innovation, Unternehmertum, Kreativwirtschaft, Tourismus, Cluster, Key Enabling Technologies (KETs), Industrie 4.0, geistiges Eigentum
Öffentliche Verwaltung	Öffentliche Beschaffung, Innovation und E-Procurement
COSME-Programm	Programmausgestaltung, Finanzierungsinstrumente, KMU-Botschafter, Enterprise Europe Network (EEN)

Bessere Gesetzgebung, weniger Bürokratie

Bürokratieabbau durch effizientere und einfachere Gesetze ist ein weiteres Kernstück der europäischen KMU-Politik. Mit dem Niederländer Frans Timmermans wurde der erste Vizepräsident der neuen Kommission mit dem Dossier „Bessere Rechtssetzung“ betraut. Das vor kurzem vorgestellte Maßnahmenpaket sieht unter anderem eine bessere Folgenabschätzung bei neuen Gesetzen und die konstante Überprüfung bestehender EU-Rechtsvorschriften vor. Das Bekenntnis zum Bürokratieabbau zeigt sich auch im Arbeitsprogramm der Kommission. Wurden früher im Durchschnitt 130 Rechtsakte pro Jahr vorgeschlagen, konzentriert sich die Juncker-Kommission auf wenige, strategisch wichtige Prioritäten und schlägt für 2015 lediglich 23 neue Initiativen vor. Priorität vor neuen Rechtsakten hat grundsätzlich die vollständige Umsetzung bestehender Gesetze und Programme in den Mitgliedsstaaten.

Unternehmensfinanzierung stärken

Das seit 2014 laufende Förderprogramm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) wird innerhalb der GD GROW von einer eigenen Abteilung verwaltet. Der Großteil der finanziellen Mittel aus diesem Programm entfallen auf die Finanzierungsinstrumente, insbesondere Kreditbürgschaften und Kapital für Risikokapitalfonds. Daneben sind auch die KMU-Botschafter in den Mitgliedsstaaten sowie das Enterprise Europe Network (EEN) in der neuen Abteilung gebündelt. Die Schaffung einer Kapitalmarktunion, wie von der Kommission in den nächsten Jahren vorgesehen, birgt darüber hinaus enormes Potential für die Stärkung der Unternehmensfinanzierung in der EU.

Einschätzung der Wirtschaftspolitik

Um den SBA als modernen, flexiblen Rahmen für die KMU-Politik zu positionieren, muss er kontinuierlich an die Herausforderungen der KMU angepasst werden. In der Vergangenheit wurden durch die mangelnde Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten nur unzureichende Ergebnisse erzielt. Zentral ist und bleibt jedenfalls, dass die Rahmenbedingungen für KMU kontinuierlich verbessert werden und das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene im politischen Handeln verankert wird. Die spezifischen Anliegen der KMU - von Unternehmensgründung, bis -entwicklung und -übergabe - dürfen keinesfalls ins Hintertreffen geraten. Von europäischer Seite sind positive Auswirkungen auf KMU jedenfalls durch einen tieferen Binnenmarkt und bessere Rechtssetzung zu erwarten. Es wird genau zu prüfen sein, ob der „KMU-Test“ bei der Gesetzesfolgenabschätzung konsequent angewandt wird. Von der geplanten, schrittweisen Verwirklichung einer europäischen Kapitalmarktunion sind mittelfristig positive Impulse für die Finanzierungsbedingungen der KMU zu erwarten. Letztlich wird man den Erfolg der europäischen und nationalen KMU-Politik an den Taten und tatsächlichen Auswirkungen auf die Unternehmen messen müssen.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
 Präsident Dr. Christoph Leitl
 Tätigkeitsbereich: Information, Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.
 Blattlinie: Die Kommentare Wirtschaftspolitik informieren regelmäßig über aktuelle wirtschaftspolitische Themenstellungen.
 Chefredaktion:
 Dr. Christoph Schneider
 Druck: Eigenvervielfältigung
 Erscheinungsort Wien
 Offenlegung: wko.at/offenlegung